Anja Amend-Traut

Brüder unter sich: Die Handelsgesellschaft Brentano vor Gericht. Elemente privater Konfliktlösung im Reichskammergerichtsprozess

„Was immer für Zwiespalt und Irrungen, welche doch Gott verhüten wolle, in Societats-Sachen sich ereignen könnten [...] versprechen beede Theile, solche in Frieden auszumachen, und in guter Harmonie als Freunde sich zu setzen, auch beede Theile mit gemeiner Einwilligung Schiedsrichter zu nehmen“¹. – Diese Vereinbarung ist Teil eines Vertrags, den drei Gesellschafter einer Handelsgesellschaft im Jahr 1752 geschlossen hatten.

Die Absprache steht im Zentrum eines Streits, der als Paradebeispiel für das Motto der Tagung gelten kann: An ihm können die sich bewegenden Grenzen zwischen öffentlicher und privater Konfliktlösung im Handelsrecht hervorragend skizziert werden. Der Fall steht gleichzeitig Modell für eine Vielzahl ähnlicher Streitbewältigungen unter Kaufleuten, die letztlich an das Reichskammergericht als eines der beiden Höchsten Gerichtsgremien im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gelangten, nachdem zuvor verschiedene Möglichkeiten alternativer Streitbeilegung durch die Parteien ergriffen worden waren.

Die Frage, inwieweit zur Konfliktlösung öffentlichen, hoheitlichen Einrichtungen gegenüber privater Konfliktbewältigung der Vorzug eingeräumt wurde, ist von besonderer Bedeutung für die Frühe Neuzeit, also für eine Epoche, in der diese Grenze generell zugunsten der öffentlichen Justiz verschoben gewesen sein dürfte. Dabei lassen sich verschiedene Berührungspunkte von Handelspraxis und Jurisdiktion ausmachen: Einmal ist hier der Bereich zu nennen, in dem sich interne Strukturen von kaufmännischen Handelsgeschäften und Handelsgesellschaften und ihre Beziehung zu Geschäftspartnern zusammenfassen lassen, namentlich das Verhältnis von Gesellschaftern untereinander, das von Handelsherrn zu ihren Gehilfen und Handelsdienern und die Verbindung zu Vertragspartnern.

¹ Vertrag v. 28. 04. 1752, wiedergegeben im Gutachten der Juristenfakultät Tübingen, ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 4^r mit Verweis auf „Act. No. 1 Beyl. F“, mit ähnlichem Wortlaut fol. 44^v, 45^r. Die verwiesenen Akten sind nicht (mehr?) in der reichskammergerichtlichen Akte enthalten.

Hiervon zu trennen sind Aspekte, die das Verhältnis von Kaufleuten und Handelsgesellschaften zu – insbesondere städtischen – Obrigkeiten betreffen, also verschiedenste Formen der Marktregulierung durch Ge- und Verbotsnormen. Die Bildung von Gläubigerausschüssen gegen Bankrotteure schließlich trägt Elemente beider Komplexe in sich. Sämtlichen Bereichen gemeinsam ist die durch wachsende Mobilität, Vergrößerung der Märkte und damit Ausdehnung der Handelsverbindungen² verbundene steigende Komplexität der skizzierten Aspekte, also etwa der obrigkeitlichen Regulierungsmaßnahmen oder der Gesellschaftsverträge: So etwa wurde für die Fugger der Anstieg der normativen Einbettung von zunehmender innerer Organisation und nach außen durch gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten nachgewiesen³. Im deutschen Prozessrecht wächst die Bedeutung des Verfahrenskompromisses im 17. und 18. Jahrhundert stetig an, bis Güteverfahren als obligatorische Voraussetzung für die Einleitung kontradiktorischer Klagen als allgemein verbreitet, insbesondere aber bei Handelsgerichten als grundsätzlich vorgeschaltet, angesehen werden müssen⁴. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass der zu beobachtende Regelungszuwachs jedenfalls für den Bereich der internen Strukturen, dem der im Folgenden geschilderte Vorgang zuzuordnen ist, mit einem entsprechenden Anstieg der Streitbeilegungen durch öffentliche, hoheitliche Einrichtungen korrespondiert.

Die Auseinandersetzungen, um die es in dem hier vorgestellten Fall geht, schwelten rund 50 Jahre zwischen den Nachfahren der Brüder Stephano, Dominico Martino und Paolo Brentano, die Teilhaber der im Jahr 1703 gegründeten

² Die meisten deutschen Kaufleute partizipierten an der interkontinentalen Expansion des Marktes, indem sie Gewürze und andere Luxuswaren aus der Neuen Welt an- und weiterverkauften. Bezüglich des Binnenhandels profitierten die deutschen Territorien besonders vom italienischen Handelsverkehr, der vom 15. Jahrhundert an über die Alpenpässe und Oberdeutschland nach Antwerpen führte. Vor allem Mitte des 16. Jahrhunderts bedeutend war die Achse Venedig-Antwerpen über die deutschen Städte Augsburg/Ulm, Nürnberg, Frankfurt/Mainz und Köln. Die jeweiligen Routen der Kaufleute wurden durch politische und kriegserische Ereignisse, v. a. aber auch durch Märkte bestimmt. Durch verschiedene Formen der Kommunikation wurde das Wirtschaftsleben insgesamt sensibilisiert und stabilisiert: Neben dem Ausbau des Post- und Botenwesens ermöglichte es insbesondere die Erfindung des Buchdrucks – maßgeblich durch Medien wie Zeitungen und Pamphlete –, dass Informationen über politische und wirtschaftliche Ereignisse zeit- und raumversetzt und nicht mehr institutionsgebunden auch für ein breiteres Publikum austauschbar wurden. Näher zum wirtschaftshistorischen Kontext die Ausführungen zu Punkt C.II. m.w.N. bei *Anja Amend-Traut*, Wechselverbindlichkeiten vor dem Reichskammergericht (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 54, Köln, Wien 2009); im Folgenden zitiert: *Amend-Traut*, Wechselverbindlichkeiten.

³ Hierzu insbesondere *Elmar Lutz*, Die rechtliche Struktur süddeutscher Handelsgesellschaften in der Zeit der Fugger, Bd. 1 (Studien zur Fuggergeschichte 25; Schwäbische Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte 4/16, Tübingen 1976) 138–153, 479; im Folgenden zitiert: *Lutz*, Rechtliche Struktur.

⁴ *Hermann Krause*, Die geschichtliche Entwicklung des Schiedsgerichtswesens in Deutschland (Berlin 1930) (im Folgenden zitiert: *Krause*, Schiedsgerichtswesen); *Eva-Christine Frentz*, Das Hamburgische Admiralitätsgericht (1623–1811) (Rechtshistorische Reihe 43, Frankfurt a. M. 1985) 69–72; im Folgenden zitiert: *Frentz*, Admiralitätsgericht.

Abb. 1: Das Haus „Zum Goldenen Kopf“ in der Großen Sandgasse war von 1777 bis 1820 Wohn-, Handels- und Bankhaus der Familie Brentano⁵.

und seit 1739 als „Dominico Brentano und Söhne“ firmierenden Handelsgesellschaft waren⁶.

Die in Tremezzo am Comer See begründete Gesellschaft handelte mit Südfrüchten und den verschiedensten Spezereiwaren – die Palette reichte von der Bergamott-Essenz über türkischen Safran bis zu „Indianischen Vogelnestern“⁷, die ostindische Schwalben „in Felsenhöhlen am Meere, aus welchen sie mit Lebensgefahr geholt werden müssen, [...] aus dem Speichel oder Magensaft des Vogels“ bauen und „nicht allein eßbar sind, sondern sogar zu den größten Leckereien gerechnet und theuer bezahlt werden“⁸. Die Gesellschaft gehörte zu einem sich über

⁵ Zeichnung eines unbekannten Autors, frühes 19. Jahrhundert. Aus: *Alexander Dietz*, *Frankfurter Handelsgeschichte*, Bd. IV/1, (Frankfurt am Main 1910) 250.

⁶ Zur Geschichte der Gesellschaft seit ihrer Gründung die „Kurze Thatgeschichte“ nebst genealogischer Tabelle, ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 132, Aktennr. 253, [Q] 30. Außerdem siehe die – hinsichtlich der Gründung allerdings unterschiedlichen – Angaben bei *Dietz*, *Handelsgeschichte*, Bd. IV/1 4 247.

⁷ Aus dem Bestandsverzeichnis „über die Verlassenschaft des weiland Stephano Antonio Brentano“, die „[...] an Waren, Effekten und Bargeld inventiert und beschrieben wie vorgefunden“ wurde, ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 295, Aktennr. 522, Bl. 18–50. Die Handelsgesellschaft „Dominico Brentano und Söhne“ hatte Stephano ab dem Jahr 1753 allein fortgesetzt und nach seinem Tod 1769 völlig überschuldet hinterlassen. Das Bestandsverzeichnis ist bei *Inge Kaltwasser* (Bearb.), *Inventar der Akten des Reichskammergerichts 1495–1806*, *Frankfurter Bestand* (Veröffentlichungen der Frankfurter historischen Kommission XXI; *Inventar der Akten des Reichskammergerichts 27, Frankfurt a.M. 2000*) 278–290, transkribiert.

⁸ Beschreibung aus *Johann Georg Krünitz*, *Oeconomische Encyclopädie oder allgemeines System der Land-, Haus- und Staats-Wirthschaft in alphabetischer Ordnung*, Bde. 1–242

zu verdeutlichen, sei zum Vergleich der Lohn für eine in Frankfurt a. M. beschäftigte Magd Mitte des 18. Jahrhunderts erwähnt, der für einen Zeitraum von 15 Jahren mit insgesamt 259 Gulden veranschlagt wurde¹².

Weil die versprochenen Zahlungen nicht erfolgten, klagte Dominico Antonio ab 1756 zunächst in Mainz, zwei Jahre darauf vor dem Frankfurter Schöffengericht gegen Stephano und die Erben des 1755 verstorbenen Dominico Martino. Zu ihnen zählten u. a. dessen Enkel Kunigunde, die mit Friedrich Carl von Savigny verheiratet war, dem deutschen Juristen, der der deutschen Rechtswissenschaft wie kaum ein zweiter eine neue Orientierung gab¹³, und Clemens und Elisabeth, genannt Bettine und als Bettine von Arnim bestens bekannt – die beiden Letzteren zählen zu den bedeutendsten Vertretern der deutschen Romantik¹⁴.

Seine „vornehmlich aus seiner Handlungs-Societät herrührende[n] Forderungen“ begründete Dominico Martino vor allem mit der Größe des Vermögens, das sein Vater Paolo in die Gesellschaft eingebracht hatte, dem daraus abgeleiteten Gesellschaftsanteil sowie den aus der Hauptforderung resultierenden Zinsen. Beide Verfahren wurden mit Rücksicht auf die zwischen den Parteien getroffene Abrede, die eine schiedsrichterliche Einigung vorsah, abgewiesen.

Die ihrer Bezeichnung nach auf das römische *compromissum*¹⁵ zurückgehenden, seit der Rezeptionszeit so genannten *Compromisse*, mit denen zwei oder mehr Parteien vereinbaren, einen Konflikt schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterbreiten, existierten auch schon im mittelalterlichen deutschen Rechtsleben und fanden ihren Ausdruck in den Bemühungen um friedliche Beilegung von Streitigkeiten bzw. um Eindämmung der erlaubten gewaltsamen Selbsthilfe. Noch bis ins 17. Jahrhundert waren die außergerichtlichen Verfahren durchaus verbreitet und verloren erst im Verlauf des 18. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung¹⁶, bevor das Schiedsrichteramt des ordentlichen Richters im 19. Jahrhundert zur

¹² Auf ihn wird in dem reichskammergerichtlichen Verfahren hingewiesen, das bei der Abwicklung der Hinterlassenschaft von Stephano Antonio Brentano angestrengt wurde, ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 295.

¹³ Zu Person und Werk zusammenfassend und m.w.N. *Joachim Rückert*, Art. Savigny, Friedrich Carl von (1779–1861), in: *Juristen. Ein biographisches Lexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, herausgegeben von *Michael Stolleis* (München 1995) 540–545.

¹⁴ Zur Gesamtnachkommenschaft von Peter Anton Brentano, dem Vater von Kunigunde, Bettine und Clemens, siehe *Frankfurter Blätter für Familiengeschichte* 2 (1909) 14–16. Außerdem liefert *Brentano*, *Frankfurter Blätter für Familiengeschichte* 1913 (Fn. 9) eine umfassende Familiengeschichte und einen Stammbaum. Statt vieler zählen zu den jüngsten Erscheinungen über Bettine bzw. Clemens *Hartwig Schultz*, „Unsre Lieb aber ist außerkohren“. Die Geschichte der Geschwister Clemens und Bettine Brentano (Frankfurt a. M. 2004); *Ursula Püschel*, Bettina von Arnim – politische Erkundungen, Entdeckungen, Erkenntnisse (Bielefeld 2005).

¹⁵ D IV 8; I. 76–80 D XVII, 2; Nov. 82, cap. 11. Dazu näher m.w.N. *Krause*, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 48.

¹⁶ *Krause*, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 3 ff. Zu dem Bedeutungsverlust siehe auch unten mehr.

Entlastung der Gerichte verbreitet normiert wurde, zuletzt durch die auch insoweit rechtsvereinheitlichende Zivilprozessordnung von 1879¹⁷.

Die Beteiligten willigten bei Schiedsverträgen freiwillig darin ein, dass im Falle einer Meinungsverschiedenheit an die Stelle der ordentlichen Richter ein oder mehrere Schiedsrichter bzw. Schiedsmänner treten sollten. Trotz der gütlichen Elemente, die ein Vergleich in sich birgt, unterscheidet er sich vom Schiedsvertrag traditionell in der Weise, dass sich die Parteien Letzterem von vornherein unterwerfen, die Annahme eines Vergleichs dagegen den Parteien freisteht¹⁸. Aus Beweisgründen erfolgte der Abschluss von *Compromissen* meist schriftlich, nicht selten vor Gericht. Ungeachtet später noch vertiefend aufzugreifender, dogmatischer Neuansätze, die das Schiedswesen im Verlauf mehrerer Jahrhunderte unterschiedlich bewerteten und auch in der Gerichtspraxis erhebliche Veränderungen nach sich zogen, lässt sich vor dem Hintergrund des zu allen Zeiten vorhandenen Anreizes, größere finanzielle Belastungen, Ärger und die Schwerfälligkeit eines sämtliche prozessuale Möglichkeiten ausschöpfenden, ordentlichen Verfahrens weitgehend vermeiden zu können, generalisierend feststellen, dass Einschränkungen personeller, inhaltlicher oder zeitlicher Art generell nicht getroffen wurden: Unabhängig von der Parteifähigkeit, der zu schlichtenden Gegenstände oder des Umstandes, dass sich der Schiedsvertrag auf bereits entstandene oder zukünftige Streitigkeiten bezog, sind entsprechende Verträge vom Mittelalter bis in die Frühe Neuzeit durchgängig und flächendeckend für Deutschland nachweisbar. Allgemein üblich war es schließlich auch, entweder eine Strafe festzusetzen oder das Übereinkommen mit einem Eid zu bekräftigen, um den Willen, den gütlichen Ausspruch als rechtsverbindlich anzusehen, zu bekräftigen¹⁹. In Übereinstimmung mit diesen allgemeinen Prinzipien hatten auch die Brentanos ihre Absprache bestätigt und sie mit ihren Unterschriften besiegelt.

Wir können nur Vermutungen darüber anstellen, warum Dominico Antonio die beiden Untergerichte konsultierte. Vielleicht ahnte er bereits in diesem frühen Stadium des komplexen Streits, dass er ohne Druckmittel gegen seine wirtschaftlich weit überlegenen und damit auch in taktischer Hinsicht machtvolleren Onkel nicht zu seinem Ziel gelangen würde. Dabei musste sich Dominico Antonio nicht zwangsläufig die Erlangung einer Definitivsentenz zum Ziel gesetzt haben. Denn der Gebrauch von Gerichten durch die Parteien, also das Verhalten, das die moderne Geschichtswissenschaft als „Justiznutzung“ beschreibt, kann auf klägerischer Seite²⁰ auch dadurch motiviert sein, lediglich Verhandlungspositionen neu

¹⁷ Fassung vom 30. 01. 1877, RGBL., 83; zu den Schiedsregeln dort *Simon Hayum*, Der Schiedsvertrag (Tübingen 1892) (im Folgenden zitiert: *Hayum*, Schiedsvertrag) und *Krause*, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 97 ff.

¹⁸ Eine förmliche Gleichstellung der beiden Rechtsinstitute nimmt *Adolf Stölzel*, Die Entwicklung des gelehrten Richterthums in deutschen Territorien, Bd. 1 (Neudr. d. Ausg. Stuttgart 1872, Aalen 1964) § 11, 240, vor.

¹⁹ Einzelheiten bei *Krause*, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 29 ff., 61 ff.

²⁰ Auch die im Allgemeinen zahlungsverpflichtete, beklagte Partei verfolgt strategische Interessen bei der Einlegung von Rechtsmitteln und damit bei der Justiznutzung, um hierdurch

zu bestimmen²¹. Druck konnte dadurch erzeugt werden, die Reputation des Verfahrensgegners öffentlich in Frage zu stellen, so dass bereits die Rechtshängigkeit eines Prozesses allein geeignet war, zum Ziel zu kommen. Susanne Jenks spricht in diesem Zusammenhang von Öffentlichkeit als „kalkulierbarer Sanktion“²². Damit zeigt sich, dass auch ein Rechtsstreit ohne Ausgang nicht zwangsläufig unproduktiv war²³. Ebenso wie Dominico Antonio womöglich motiviert war, das Gerichtsverfahren anders als für die Erlangung eines vollstreckbaren Titels zu nutzen, ließen sich etliche weitere Beispiele aus überlieferten Kaufmannsbüchern und aus der reichskammergerichtlichen Prozesspraxis anführen, wie Parteien die öffentliche Justiz instrumentalisierten, indem sie sich damit begnügten, einen zunächst

Zeit zu gewinnen. Dazu näher *Anja Amend*, Konfliktlösung bei streitigen Wechseln im Alten Reich. Der Kaufmannstand zwischen der Suche nach Alternativen zur gerichtlichen Geltendmachung von Forderungen und strategischer Justiznutzung, in: Akten des 36. Deutschen Rechtshistorikertages Halle an der Saale, herausgegeben von *Rolf Lieberwirth, Heiner Lück* (Stuttgart 2008) 153–175 (im Folgenden zitiert: *Amend*, Konfliktlösung), mit Hinweisen auf zeitgenössische Literatur zum Prozessrecht, in denen dieses Verhalten erörtert wird.

²¹ Bei *Amend*, Konfliktlösung (Fn. 20), wird alternativ Justiznutzung in der Form beschrieben, dass die obsiegende Partei eine Gerichtsentscheidung als Drohmittel in einem außergerichtlichen Aushandlungsprozess benutzen kann. Ein moderner politikwissenschaftlicher Ansatz spricht in diesem Zusammenhang von der „Implementation von Gerichtsentscheidungen im Kontext der rechtssoziologischen Verfahrenstheorie“, *Erhard Blankenburg, Thomas Gawron, Ralf Rogowski, Rüdiger Voigt*, Zur Analyse und Theorie der Implementation von Gerichtsentscheidungen, in: Die öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft (DÖV) 39 (1986) 274–285, hier insbes. 282f., und *Erhard Blankenburg, Rüdiger Voigt* (Hrsg.), Implementation von Gerichtsentscheidungen (Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie 11, Opladen 1987). Zu Drohungen als Element der Absicherung von Verträgen im Vorfeld gerichtlicher Auseinandersetzungen *Oliver E. Williamson*, Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Unternehmen, Märkte, Kooperationen (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften 64, Tübingen 1990) 190ff.; im Folgenden zitiert: *Williamson*, Ökonomische Institutionen.

²² In ihrem Vortrag „Hansische Kaufleute vor englischen Gerichten“, gehalten am 14. 12. 2005 vor dem Arbeitskreis Handelsrechtsgeschichte in Frankfurt am Main. So nun auch *Beate Sturm*, „Borg macht Sorg“: Schuldenkonflikte im frühneuzeitlichen Hannover, in: Soziale Praxis des Kredits 16.–20. Jahrhundert, herausgegeben von *Jürgen Schlumbohm* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 238, Hannover 2007) 53–79, 63f. (im Folgenden zitiert: *Sturm*, Borg macht Sorg). Untersuchungen aus den 1980er Jahren haben gezeigt, dass der Erfolg der vorzeitigen Erledigung eines Prozesses in der Begleichung der klägerischen Forderung liegt, *Erhard Blankenburg*, Mobilisierung von Recht, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie (ZfRSoz) 1 (1980) 33–63, 53f.

²³ *Udo Reifner*, Recht ohne Richter. Zur Soziologie des Rechtsgebrauchs, in: Soziologie des Rechts, FS für *Erhard Blankenburg*, herausgegeben von *Jürgen Brand, Dieter Strempel* (Schriften der Vereinigung für Rechtssoziologie 24, Baden-Baden 1998) 103–127, 117, spricht davon, dass Konfliktvermeidung kein Wert an sich sei. Dies widerspricht freilich dem Idealtyp eines Gerichtsverfahrens als streitiger Auseinandersetzung, die in die rechtliche Entscheidung eines Dritten mündet, und dem, was *Erhard Blankenburg*, Thesen zur Umverteilung von Rechtschancen, in: Alternativen in der Ziviljustiz. Berichte, Analysen, Perspektiven, herausgegeben von *Erhard Blankenburg, Walther Gottwald, Dieter Strempel* (Köln 1982) 29–39, 32, als „Nullsummenspiel“ bezeichnet. Auf diesen Idealtyp stützt sich auch die Theorie der „Legitimation durch Verfahren“ von *Niklas Luhmann*, Legitimation durch Verfahren (Frankfurt a. M. 41997).

rechtshängig gemachten Prozess nicht weiter zu betreiben und es bei dem erzielten vorläufigen Zustand zu belassen.

Im Übrigen kommt bei der Konfliktbewältigung unter Handeltreibenden außergerichtlichen Lösungen eine besondere Rolle zu. In diesem Zusammenhang sei zunächst angemerkt, dass die außergerichtlichen Alternativen der Konfliktlösung in der Praxis meist erst greifbar werden, wenn sie selbst, wie in dem hier vorgestellten Streit idealtypisch geschehen – und das ist in gewisser Weise ein Paradoxon –, gerichtsnotorisch geworden waren. Dies gilt umso mehr für historische Untersuchungen, die nur ausnahmsweise auf andere Quellen als Gerichtsakten zurückgreifen können, in denen sich die Rechtswirklichkeit widerspiegelt²⁴. Entsprechend aussagekräftige Geschäftsbücher, wie die des Amsterdamer Kaufmanns Hans Thijs, stellen eine Seltenheit dar²⁵. Generell dürfte die orale Vorlaufphase einer Auseinandersetzung nicht zu unterschätzen sein.

Gerade aufgrund des durch die Einbindung öffentlicher Justiz drohenden Verlusts an Reputation waren maßgeblich Kaufleute an sich darauf angewiesen, sich den in Handelskreisen üblichen Ritualen anzupassen. Kennzeichnend für deren Geschäftsbeziehungen untereinander waren persönliche Integrität und die Lebensführung nach einem bestimmten Verhaltenskodex. Diese Elemente garantieren Prestige, Vertrauen und damit nicht zuletzt Kreditwürdigkeit²⁶. Zudem war stets schon ein unbefleckter Leumund essentieller Bestandteil des Geschäftswerts²⁷. Geschäftliche Transaktionen dagegen durch ein Gericht als öffentlichem Gremium beurteilen zu lassen, bedeutete unter Umständen auch, Geschäftsgeheimnisse offenlegen zu müssen²⁸. Das Bestreben, soziale Alternativen zum Gerichtsgebrauch zu suchen, dürfte erst recht für gesellschaftsinterne bzw. innerfamiliäre Konflikte gegolten haben, zumal bei einem Familienunternehmen wie dem der Brentanos, dessen Erfolg Zeitgenossen vor allem auf den „festen und so

²⁴ Darauf weist auch *Sturm*, *Borg macht Sorg* (Fn. 22) 53 f., 62 hin.

²⁵ Zu ihm *Oscar Gelderblom*, *Zuid-Nederlandse kooplieden en de opkomst van de Amsterdamse stapelmarkt (1578–1630)* (Hilversum 2000).

²⁶ So auch *Mark Häberlein*, *Brüder, Freunde und Betrüger. Soziale Beziehungen, Normen und Konflikte in der Augsburger Kaufmannschaft um die Mitte des 16. Jahrhunderts* (Colloquia Augustana 9, Berlin 1998) 275, der bezüglich Ehre und Vertrauen vom „symbolischen Kapital“ eines Handelshauses spricht. Zum Vertrauen als Faktor in der modernen ökonomischen Organisation *Williamson*, *Ökonomische Institutionen* (Fn. 21) 345 f. Wie *Sylvia Marzagalli*, *Les modalités de règlement des conflits commerciaux entre la France et les Etats-Unis au tournant du XIX^e siècle, un révélateur du fonctionnement des réseaux marchands*, in diesem Band, berichtet, kontrollierte sich das Handelsnetz hinsichtlich der Kredit- und Vertrauenswürdigkeit der einzelnen Handelspartner dauernd selbst und war so in der Lage, viele Konflikte bereits im Vorfeld zu vermeiden.

²⁷ Dazu auch *Hartmut Berghoff*, *Die Zähmung des entfesselten Prometheus? Die Generierung von Vertrauenskapital und die Konstruktion des Marktes im Industrialisierungs- und Globalisierungsprozess*, in: *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels*, herausgegeben von *Hartmut Berghoff*, *Jakob Vogel* (Frankfurt a. M., New York 2004) 143–168, 143 f.

²⁸ Welche Konsequenzen sich hieraus bei einem gerichtlich ausgetragenen Konflikt mit einem Vertragspartner ergeben konnten, wird bei *Amend*, *Konfliktlösung* (Fn. 20) beschrieben.

erfolgreichen Zusammenhalt der Geschäftsteilhaber“ und Familienangehörigen²⁹ und auf beste Verbindungen zum kaiserlichen Hof in Wien zurückführten³⁰. Entsprechend war der vorgestellte Prozess auch, neben drei weiteren Verfahren, eines davon war nur unterinstanzlich geführt³¹, das einzig nachweisbare, das eine Brentanosche Handelsgesellschaft bzw. ein kaufmännisch aktives Mitglied der Familie überhaupt in Frankfurt geführt hatte³²; dabei hatten etliche Firmen mehrerer Familienmitglieder in Frankfurt seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts einen Sitz³³. Auch für süddeutsche Handelsgesellschaften der Fuggerzeit wurde festgestellt, dass mit Hilfe von Schiedsklauseln Streitigkeiten innerhalb der Gesellschaften den ordentlichen Gerichten weitgehend entzogen waren, um Gesellschaftsinterna nicht der Öffentlichkeit preisgeben zu müssen³⁴.

²⁹ Dietz, Handelsgeschichte (Fn. 5) 247.

³⁰ Brentano, Frankfurter Blätter für Familiengeschichte 1913 (Fn. 9) 83.

³¹ Zum einen handelte es sich um eine Klage Stephano Brentanos gegen einige Juden, die seinem Sohn Lotterielose für von diesem auf den Namen des Handelshauses des Vaters unrechtmäßig ausgestellte Wechselbriefe verkauft hatten; dazu die Prozessdruckschrift: Documentirte Facti species und gründliche Fürstellung derer an des Franckfurtischen Handelsmanns Stephano Brentano jüngsten Sohn Johann Peter Jacob Brentano von einer Rotte Lotterie-Juden ausgeübt, und durch die Fortsetzung der rechtlich angefangenen Untersuchung, annoch klärer zu Tage kommen werdender sträfliche Betrügereyen und Verbrechen, ISG Frankfurt a. M. Prozessdruckschriften 16 (Altsig. 72, Az. B 11). Zum anderen versuchten C. Brentano und Forna neben einer Reihe weiterer Gläubiger Rückstände eines verstorbenen Schuldners bei dessen Witwe Antonetta Margaretha Breiting einzutreiben, ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 130. Schließlich stritt das Handelshaus Anton Maria Brentano gegen Cornelius van der Hoeven u. a. aus Rotterdam, ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 599. Bei diesem Streit um eine Forderung von 12.000 fl. holländisch war der Sohn Johann Maria Brentano die Wechselverbindlichkeit „einseitig“ eingegangen, woraufhin der Vater Anton Maria Brentano den Sohn später aus der gemeinsamen Handlung entließ und ihn wegen Wechselbetrugs anzeigte.

³² Lediglich Domenico Martino Brentano hatte einen Prozess vor dem Reichshofrat um den Beisassenstatus und die damit verbundene Aufenthaltsgenehmigung geführt. Als Katholiken und Ausländer hatten die zugewanderten Brentanos trotz ihrer Niederlassung in Frankfurt nicht die vollen Bürgerrechte erhalten, sondern wurden vom Rat der Stadt nur als so genannte Beisassen zugelassen. Über die Beisassen-Ordnung versuchten die alteingesessenen Frankfurter, die Aufnahme weiterer italienischer Händler zu verhindern. Die Prozessdruckschrift zeugt von dem Kampf, den der Vater von Pietro Antonio Brentano führte. Druckschrift des Prozesses des Brentano gegen die Stadt Frankfurt am Main „Kurtzer / Geschichts=Verlauff, / samt obwaltenden / Rechtlichen Gründen / in der / bey / Höchstpreißlichem / Reichs=Hof=Rath / Rechts=hängigen Sache, / BRENTANO (DUOMENICHO MARTINO) / entgegen / Burgermeister und Rath / der Stadt Franckfurt“ (Frankfurt a. M. 1755), ISG Frankfurt a. M. Prozessdruckschriften 23. Hier außer Betracht bleiben die Verfahren Frankfurter Provenienz, in denen Brentanos auf der Beklagtenseite standen, wie etwa die Sache van der Hoeven gegen Anton Maria Brentano, ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 599. Dazu Amend-Traut, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 2).

³³ Dietz, Handelsgeschichte (Fn. 5) 246.

³⁴ Lutz, Rechtliche Struktur (Fn. 3) 342–347, 477f. Gesellschaftsverträge des süddeutschen Raums stellten einen eigenen Typus dar; bei ihnen zählten Verwandte und langjährige Bekanntschaften zu den vornehmlichen Geschäftspartnern, um hierdurch das Geschäftsrisiko zu minimieren und Konflikte zu vermeiden. Näher dazu m.w.N. auch Amend, Konfliktlösung (Fn. 20).

Dagegen konstatieren handelsrechtshistorische Forschungsarbeiten zum Hamburger Raum eine in der Frühen Neuzeit wachsende Missachtung gütlicher Einigungen, die sich von mittelalterlichen Strukturen abkehrt³⁵. Die dort untersuchten Prozesse konzentrierten sich allerdings auf Streitigkeiten zwischen verschiedenen Handelspartnern, die freilich auch Handelsgesellschaften waren. Ein ähnlicher Befund lässt sich bei den Fuggern machen; Konflikte der Fugger mit Handelspartnern sind in höchstrichterlichen Akten aus dem 16. Jahrhundert gar nicht, sondern erst für die spätere Zeit nachweisbar³⁶.

Bei Gesellschaftsstreitigkeiten³⁷ einerseits und Konflikten zwischen verschiedenen Handelspartnern andererseits können demnach unterschiedliche Tendenzen für die Frühe Neuzeit ausgemacht werden. Hiermit korrespondierend sind auch die außergerichtlichen Alternativen der Konfliktlösung, namentlich die Einschaltung von Vermittlern, wie sie auch der eingangs zitierte *Compromiss* vorsah, je nach zugrunde liegendem Vertragsverhältnis in unterschiedlicher Intensität nachweisbar³⁸.

Doch zurück zum Fall: Wie sich noch zeigen sollte, ignorierte nicht allein Dominico Antonio die Vereinbarung über die außergerichtliche Schlichtung etwaiger Meinungsverschiedenheiten. Nachdem die beiden von ihm angerufenen Gerichte ihre Unzuständigkeit erklärt hatten, besann sich Dominico Antonio auf die getroffene Vereinbarung und verlangte nunmehr, zur Überprüfung der Handelsbücher, Schiedsrichter einzusetzen³⁹. Doch bevor diese damit beginnen konnten, mehr als 300 Handelsbücher, 80 Inventare und unzählige weitere Schriftstücke der Brentanoschen Firmen zu revidieren, kämpften die Parteien rund zwanzig Jahre lang erbittert um die Besetzung der Schiedsrichterposten. Denn ihr Vertrag benannte nämlich die zu bestimmenden Schiedsrichter nicht. Da hierdurch ein wesentlicher Bestandteil des *Compromisses* fehlte, und so die Auswahl des Unparteiischen in die Willkür der Parteien gestellt war, lag es nahe, diese Lücke durch ein ordentliches Gericht füllen zu lassen. Tatsächlich war es in der gemeinrecht-

³⁵ Dazu näher unten vor Fn. 94.

³⁶ Anette Baumann, Die Fugger als Kläger vor dem Reichskammergericht (1496–1806), in: Die Fugger und das Reich. Eine neue Forschungsperspektive zum 500jährigen Jubiläum der ersten Fuggerherrschaft Kirchberg-Weißenhorn, herausgegeben von Johannes Burkhardt (Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft 4/32; Studien zur Fuggergeschichte 41, Augsburg 2008) 151–182, 164, 169–172.

³⁷ Welche das im Einzelnen sein konnten, legt Anja Amend-Traut, Brentano, Fugger und Konsorten – Handelsgesellschaften vor dem Reichskammergericht (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 37, Wetzlar 2009) dar.

³⁸ Auch heute spielt die Schiedsgerichtsbarkeit insbesondere im internationalen Wirtschaftsverkehr wieder eine große Rolle, da nur über sie ein multilaterales Rechtsinstrument zur Vollstreckbarkeit von Gerichtsurteilen an die Hand gegeben wird; durch das New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1958, dem sich 148 Staaten unterworfen haben, können auch ausländische Schiedssprüche vollstreckt werden. Zu diesem und weiteren Aspekten des modernen Schiedsverfahrens Stefan Kröll, Das Schiedsverfahren als Streiterledigungsmechanismus des Wirtschaftsverkehrs. Grundlagen und Grundsätzliches, in: Law Zone 2 (2008) 23–28.

³⁹ Siehe dazu den Vertrag (Fn. 1).

lichen Literatur umstritten, wie mit solchen unvollständigen *Compromissen* zu verfahren sei. Der Ansicht, die Lücke zöge die Nichtigkeit des gesamten Vertrags nach sich, hielt man entgegen, dem Wunsch der Parteien nach einem Schiedsspruch müsse möglichst nachgekommen werden, das Gelingen des Schiedsvertrags solle von der fehlenden Bestimmtheit der Schiedsrichter nicht abhängen – übrigens eine Auffassung, die sich zuletzt auch in der Zivilprozessordnung von 1879 niederschlug⁴⁰. So landeten die Brentanos geradewegs bei den ordentlichen Gerichten in einem Streit, der entsprechend ihres *Compromisses* doch an sich außergerichtlich beizulegen war. Die Vereinbarung über die private Konfliktlösung wurde demnach selbst Gegenstand eines förmlichen Gerichtsverfahrens. Hierdurch verwischten die streitenden Parteien die Grenze zwischen öffentlicher und privater Konfliktbewältigung zum ersten Mal. Wie noch zu zeigen sein wird, sollten weitere Übertretungen folgen.

Gewöhnlich bekleideten rechtskundige Personen das Amt eines Schiedsrichters. Gleichwohl griff man ausnahmsweise auch auf Sachverständige zurück⁴¹. Unter Kaufleuten war es sogar üblich, sich sachkundiger Schiedsmänner zu bedienen, oder es war gar statutarisch angeordnet, sich bei Streitigkeiten zunächst an so genannte „Handels-Correspondenten“, sachverständige „Gerichtsverwalter“ oder Schiedsrichter mit anderen Bezeichnungen zum Schlichtungsversuch zu wenden, bevor man die Streitsache an ein ordentliches Gericht zuließ⁴². Insbesondere in Handelsstädten, wie etwa in Augsburg oder Frankfurt, waren dementsprechend außergerichtliche Schlichter tätig, die sich meist aus der Kaufmannschaft selbst rekurrierten⁴³.

Ein Vergleich mit der Rechtstradition anderer Länder zeigt, dass die Einschaltung von Dritten, wenn auch in abgewandelter Form, eine durchaus gängige Form war, Konflikte außergerichtlich beizulegen bzw. Streit bereits im Vorfeld zu vermeiden: Auch in vielen anderen Aktenbeständen traditioneller europäischer Han-

⁴⁰ Zur Bezeichnung der Schiedsrichter im *Compromiss* näher *Hayum*, Schiedsvertrag (Fn. 17) 35 ff.

⁴¹ *Krünitz*, Oeconomische Encyclopädie (Fn. 8) nennt etwa Frauen, die einem Patrimonialgericht vorstanden und dieses durch einen dazu vereidigten Gerichtshalter verwalten ließen.

⁴² In einigen Teilen Deutschlands war dies z. B. durch Wechselordnungen vorgeschrieben, *Christian Gottlieb Riccius*, Exercitatio iuris Cambialis, Bd. 17 (Goettingae 1781) Sect. I., § 1–9, 15–19. So war bei sämtlichen Hamburgischen Gerichten die Einhaltung eines gütlichen Verfahrens vor sog. „Gerichtsverwaltern“ bzw. „guten Männer“ obligatorische Voraussetzung für das Beschreiten des ordentlichen Klagewegs, *Frentz*, Admiralitätsgericht (Fn. 4) 69 ff.

⁴³ Für Augsburg etwa: *Mark Häberlein*, zuletzt in seinem Vortrag vor dem Frankfurter Arbeitskreis Handelsrechtsgeschichte „Augsburger Kaufleute des 16. Jahrhunderts zwischen Markt und Recht“, gehalten am 12. 12. 2007 an der Goethe-Universität Frankfurt a. M. Außerdem: *Mark Häberlein*, Die Fugger. Geschichte einer Augsburger Familie (1367–1650) (Stuttgart 2006); *Amend*, Konfliktlösung (Fn. 20); *Gabriele Marcussen-Gwiazda*, Zur Liquidation der Juwelenhandlungsgesellschaft Daniel de Briers, in: Die Reichsstadt Frankfurt als Rechts- und Gerichtslandschaft im Römisch-Deutschen Reich, herausgegeben von *Anja Amend*, *Anette Baumann*, *Stephan Wendehorst*, *Steffen Wunderlich* (bibliothek altes Reich baR 3, München 2008) 165–183.

delsplätze, vor allem in Italien, so etwa in venezianischen Akten, sind außergerichtliche Streitschlichter nachgewiesen. Und selbst im traditionellen China⁴⁴ wurde bei praktisch allen Verträgen ab einer gewissen wirtschaftlichen Bedeutung, die nicht auf einen simultanen Austausch beschränkt waren – also etwa beim Immobilienverkauf oder bei Darlehensverträgen – ein Vermittler als „dritte Partei“ gegen Vergütung hinzugezogen. Dieser erstellte jedoch nicht nur den Vertrag im Auftrag der Parteien, sondern fungierte bei Problemen hinsichtlich seiner Durchsetzung auch als Schlichter. Dabei wurde ein Scheitern der Bemühungen des Vermittlers seiner Unfähigkeit und nicht der Unzulänglichkeit der Parteien zugerechnet⁴⁵.

Dank des Brentanoschen Streits um die Besetzung der Schiedsrichterposten haben wir genauere Kenntnis sowohl von der Auffassung der Parteien als auch von den Ansichten zunächst von rechtskundigen und sodann von rechtsgelehrten Gremien darüber, welche Kriterien bei der personellen Ausstattung eines schiedsrichterlichen Verfahrens für maßgeblich gehalten wurden⁴⁶: Anfangs hatte der Frankfurter Schöffenrat als Frankfurter Untergericht erstinstanzlich über die Angelegenheit zu befinden. Er war nicht zwingend mit drei Juristen besetzt. Seine Besetzung richtete sich vielmehr nach Ansehen, Bildung und Auskommen⁴⁷. In einem späteren Anlauf gelangte die Sache in der ersten Instanz an eine Juristenfakultät: Universitäten waren bis in das 19. Jahrhundert hinein in die Gerichtsverfassung eingebunden; die sog. *transmissio actorum* war ein Verfahrensmodell, bei dem deutsche Gerichte die vollständigen Prozessakten eines Zivil- oder Strafverfahrens Professoren einer juristischen Fakultät zur Entscheidung vorlegten. Nach Aktenlage erstellten sie einen Entscheidungsentwurf, der durch seine gerichtliche Verkündung in Rechtskraft erwuchs⁴⁸.

⁴⁴ Gemeint sind hier die Strukturen, die von der letzten kaiserlichen Dynastie (1644–1911) bis zu ihrer endgültigen Außerkraftsetzung in den 1920er und 1930er Jahren systemleitend waren.

⁴⁵ *Karla Foerste*, Streitvermeidung im traditionellen China. Die „dritte Partei“ bei Begründung und Durchsetzung von Verträgen, in: Preprints aus der Max-Planck-Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter (Gemeinschaftsgüter: Recht, Politik und Ökonomie/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften/Max-Planck-Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter, Bonn 1999/2) 1–19, insbes. 12 ff.

⁴⁶ Dazu auch *Hayum*, Schiedsvertrag (Fn. 17) 43 ff. Nach römischrechtlicher Tradition waren insbesondere Minderjährige und Frauen vom Amt ausgeschlossen.

⁴⁷ Zur Ratsfähigkeit näher *Amend-Traut*, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 2), unter Punkt C.V.2.; *Rainer Koch*, Grundlagen bürgerlicher Gesellschaft. Verfassungs- und sozialgeschichtliche Studien zur bürgerlichen Gesellschaft in Frankfurt a.M. (1612–1866) (Wiesbaden 1983); *Ralf Roth*, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760–1914 (München 1996); *Barbara Dölemeyer*, Frankfurter Juristen im 17. und 18. Jahrhundert (Ius Commune Sonderhefte 3, Frankfurt am Main 1993) XXXI ff.

⁴⁸ Dazu näher etwa *Anja Amend*, Die Inanspruchnahme von Juristenfakultäten in der Frankfurter Rechtsprechung. Zur Rolle der Spruchkollegien auf territorialer Ebene und ihre Bedeutung für das Reich, in: Die Reichsstadt Frankfurt als Rechts- und Gerichtslandschaft im Römisch-Deutschen Reich der Frühen Neuzeit, herausgegeben von *Anja Amend*, *Anette*

Beide erstinstanzliche Verfahren gelangten zu den beiden Höchsten Reichsgerichten. Das Reichskammergericht, von Kaiser Maximilian I. im Jahr 1495 installiert, um den Ewigen Landfrieden zu garantieren, war u. a. letzte Instanz für privatrechtliche Streitigkeiten reichsmittelbarer Untertanen, mit denen Urteile territorialer und reichsstädtischer Obergerichte angefochten werden konnten⁴⁹. Der Reichshofrat war gleichfalls kaiserliches Höchstgericht, doch sowohl durch seinen Aufgabenkreis als auch seinen Sitz in Wien stets dem Kaiser enger verbunden⁵⁰. Im Übrigen ist das Verhältnis der beiden Gremien bis heute nicht abschließend geklärt. Neben einigen Kompetenzbereichen, die eindeutig dem Reichshofrat zugeordnet werden können, bestand in letztinstanzlichen Zivilsachen offensichtlich ein Konkurrenzverhältnis⁵¹. Den Parteien war jedenfalls erlaubt, sich bei solchen Streitigkeiten an dieses oder jenes Gremium zu wenden, was dazu führte, dass die Widersacher – ungeachtet der Zulässigkeit eines solchen Vorgehens – nicht selten beide Gerichte gleichzeitig oder nacheinander anriefen, wenn durch eines der beiden Foren eine ungünstige Entscheidung drohte oder bereits gefällt worden war⁵².

Der Frankfurter Schöfferrat beschied nach langwierigen Verhandlungen zunächst, dass „Kläger wohl befugt sey, zu Untersuch- und Entscheidung der zwischen beyden Theilen fürwaltenden Streitigkeiten 2 Schiedsrichter, worunter ein Rechtsgelehrter befindlich, zu ernennen: dabey jedoch denen Beklagten ein gleiches thun unbenom[m]en, sondern vorbehalten bleibt“⁵³. Dem folgend brachte Dominico Antonio den Lizentiaten Hoppe und den Handelsmann Georg Friedrich Bachmayer als Schiedsrichter bei. Doch gaben sich die Beklagten hiermit

Baumann, Stephan Wendeborst, Steffen Wunderlich (bibliothek altes Reich baR 3, München 2008) 77–96.

⁴⁹ Zur institutionellen Verfassung des Reichskammergerichts noch immer unerreicht: *Rudolf Smend*, Das Reichskammergericht. Erster Teil: Geschichte und Verfassung, Bd. IV, Heft 3 (Quellen zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, Weimar 1911). Zur Zuständigkeit des Reichskammergerichts neuerdings *Bernd Schildt*, Die Entwicklung der Zuständigkeit des Reichskammergerichts. Von der Kayserlichen Cammer-Gerichts-Ordnung Anno 1495 zum Concept der Cammer-Gerichts-Ordnung vom Jahr 1613 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 32, Wetzlar 2006) m.w.N.; *Bernhard Diestelkamp*, Zur ausschließlichen Zuständigkeit des Reichshofrats für die Kassation kaiserlicher Privilegien, in: *Höchstgerichte in Europa. Bausteine frühneuzeitlicher Rechtsordnungen*, herausgegeben von *Leopold Auer, Werner Ogris, Eva Ortlieb* (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 53, Köln, Weimar, Wien 2007) 163–176.

⁵⁰ *Oswald von Gschließer*, Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung; Schicksal und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559–1806 (Wien 1942).

⁵¹ Siehe dazu etwa den bei *Anja Amend*, Gerichtslandschaft Altes Reich im Spiegel einer Wechselbürgschaft, in: *Gerichtslandschaft Altes Reich. Höchste Gerichtsbarkeit und territoriale Rechtsprechung*, herausgegeben von *Anja Amend, Anette Baumann, Stephan Wendeborst, Siegrid Westphal* (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 52, Köln, Weimar 2007) 7–15 (im Folgenden zitiert: *Amend*, Wechselbürgschaft), geschilderten Fall.

⁵² *Amend*, Wechselbürgschaft (Fn. 51); *Amend*, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 2).

⁵³ Vom 20. 07. 1764, (Fn. 1) fol. 13, mit Verweis auf „Act. No. 50“.

nicht zufrieden und wandten sich mit einer Appellation an das Reichskammergericht, das jedoch 4 1/2 Jahre später „nach Maßgab des Judicati dd. 20. Jul. 1764 inhaesive erkannt“ hatte; nachdem folglich der zuvor gefällte schöffenrätliche Spruch bestätigt worden war, hatten die Unterlegenen ein Gesuch eingereicht, wonach sie um Erklärung des ihnen „dunkel und zweifelhaft“ vorkommenden Ausspruchs gebeten hatten – eine Maßnahme, die in der rechtswissenschaftlichen Literatur verpönt war und die Gerichte nur höchst ungern beantworteten: „Das Gesuch wird abgeschlagen, so lange er [der Reichshofrat, *Anm. d. Verf.*] derselben ausweichen kann. Gemeiniglich halten die Parteien auch nur aus Verzögerungssucht um dieselbe an“⁵⁴. Dementsprechend erfolglos verliefen auch die beim Reichshofrat aufgenommenen Bemühungen der unterlegenen Brentanos⁵⁵. Erst hierauf suchten sich Letztere den Lizenziaten Wallacher und als Handelskundigen den entfernten Verwandten Stephano Dominico Brentano aus der Töngesgasse aus.

Die vier ausgewählten Schiedsrichter wurden vor dem Frankfurter Gericht darauf vereidigt, „mit bestem Fleiß und genau [zu] untersuchen, demnächst [...] nach gefaßter gründlichen Einsicht, getreulich und unpartheyisch aus einander[zu]setzen“⁵⁶. Hinsichtlich der Arbeitsweise der Schiedsrichter wies das Frankfurter Gericht jedoch einen weiteren Antrag ab, wonach die „Gelehrten sich nicht in das mercantilische, und die Kaufleute sich nicht in das Juristische mischen sollten“⁵⁷. Allein die Unparteiischen konnten ihre Tätigkeit noch immer nicht aufnehmen. Die gegnerische Seite verstand es, durch weitere Kampagnen nochmals Aufschub zu erreichen. So leistete sie den vorab geforderten „commissions=Kosten Vorschuß“ nur zögernd, und gegen die Hinterlegung der zu untersuchenden Akten an einen „dritten Ort“ legte sie „das Rechtsmittel der Reduction“⁵⁸ ein, worauf die „Imploranten in die Kosten des verzögerten Prozesses verurtheilt“ wurden⁵⁹. Schließlich bat „klagender Theil“ wegen der „Saumseeligkeit der beeden andern Mit=Schiedsrichter“ und „weil wegen der Partheylichkeit der gegenseitigen Schiedsrichter doch keine majora zu hoffen“ um eine Aktenver-

⁵⁴ Ausspruch vom 09. 01. 1769, (Fn. 1) fol. 13. Zum Inhäsiavausspruch, einer abschlägigen Antwort, die nicht revisibel war, etwa *Johann Christian Herchenbahn*, Geschichte der Entstehung, Bildung und gegenwärtigen Verfassung des Kaiserlichen Reichshofraths, Bd. 2 (Mannheim 1792) 302f.; im Folgenden zitiert: *Herchenbahn*, Reichshofrath.

⁵⁵ Conclusum v. 03. 02. 1769, (Fn. 1) fol. 14.

⁵⁶ Wie Fn. 1, fol. 10, mit Verweis auf „Act. Vol. II No 109“.

⁵⁷ Antrag (Fn. 1), fol. 14^v, 15^r, mit Verweis auf „Act. N. 200; wurde mit Decret vom 09. 03. 1774 abgeschlagen, ebenda mit Verweis auf „Act. N. 211a.“.

⁵⁸ Bei ihr handelt es sich um die Läuterung eines Schiedsspruchs als Rechtsmittel, dazu etwa DRW XI, Sp. 481 mit Quellennachweisen. Nach *Andreas Perneder*, Gerichtlicher Process, [...], corrigiert und gebessert (Ingolstat 1551) Th. 6, 89, vermag die Reduktion die Vollziehung der schiedsrichterlichen Erkenntnis grundsätzlich nicht zu verhindern.

⁵⁹ Wie Fn. 1, fol. 14, mit Verweis auf „Act. N. 113“. Zu weiteren Verzögerungen kam es, nachdem einer der beiden Verfahrensgegner, Stephano Brentano, 1769 verstorben war, was die verbliebenen Gegner veranlasste, ein Arrestgesuch anzustrengen, das wiederum zu Verzögerungen führte, ebenda.

sendung „ad Impariales“⁶⁰. Erst nach dieser „Bedrohung“ ließ sich die Gegenseite endlich auf die schiedsrichterliche Begutachtung der Handelsbücher ein.

Als bald nach Aufnahme der Revisionsarbeit erschien Schiedsrichter Brentano von Neuem nicht, worauf man beschloss, dass die übrigen Schiedsmänner weiter arbeiten sollten, „daß der gegenseitige Schiedsrichter auch einen besondern Extract verfertigen solle, und alsdann, wenn ein jeder seine Verrichtung geendigt habe, solche, ob sie gleichlautend befunden werde, von ihnen beyden zu untersuchen seyn werde.“ Gegen dieses Ansuchen protestierte der Mitschiedsrichter Brentano – letztlich erfolglos – „als null und nichtig, in hefftigen Ausdrücken gegen den Kläger“⁶¹. Ebenso vergeblich wurde in einem weiteren Gesuch die Begründung bemüht, dass in den einzusehenden Handelsbüchern „auch Dinge vorkämen“, die sie und ihre Familien betrafen und „Geheimnisse bleiben müßten, die nicht jedem zum durchgrübeln überlaßen werden könnten“⁶².

Ein nur vorläufig letztes Mal jagten die Verfahrensgegner das schiedsrichterliche Verfahren durch sämtliche Instanzen, als sie um die Abänderung der oppositionellen Schiedsrichter nachsuchten. Zunächst durch die Juristenfakultät Halle abgeschlagen, an die die Akten zur Entscheidung versandt worden waren⁶³, blieb auch eine hiergegen angestrengte Appellation an das Reichskammergericht erfolglos⁶⁴. Ohne dass die Schiedsrichter mit ihrer Tätigkeit in nennenswerter Weise vorangekommen waren, waren mittlerweile die Gerichte schon rund 14 Jahre allein mit theoretischen Fragen zur Besetzung des einzuberufenden Schiedsrichtergremiums und dem Umfang seiner Prüfungskompetenz beschäftigt worden. So verwundert es nicht, dass es unterdessen auch zu ersten Todesfällen unter den Schiedsleuten kam. Auch überrascht es nach den bereits geschilderten Querelen nicht weiter, dass die Verfahrensgegner das Verscheiden des Handelsmanns Bachmayer wiederum zum Anlass nahmen, diverse Einwände gegen die Neubesetzung umständlich vorzubringen, deren gründlichere Erzählung hier jedoch ausgespart werden soll.

Die geschilderte Vorgehensweise zeigt, dass Parteien nicht nur reguläre Prozesse vor ordentlichen Gerichten zu verschleppen vermochten, wie dies aus überlieferten Gerichtsakten hinlänglich bekannt ist. Auch der an sich außergerichtlich beizulegende Streit konnte durch ein Manöver, wie dies die beklagten Brentanos ausführten, über Jahre hinausgezögert werden⁶⁵. Immerhin hatte einer der beklagten Mitgesellschafter, und nach seinem Tod dessen Rechtsnachfolger, guten Grund, das Ende des Verfahrens so lange als irgend möglich hinaus zu schieben:

⁶⁰ Wie Fn. 1, fol. 14, mit Verweis auf „Act. N. 168“.

⁶¹ Wie Fn. 1, fol. 14, mit Verweis auf „Act. N. 186“.

⁶² Im Ergebnis beließ man es deshalb bei der gemeinsamen Einsichtnahme, (Fn. 1) fol. 14, mit Verweis auf „Act. N. 189“.

⁶³ „Implorantische Bitte“ um Aktenversendung verstattet, mit Verweis auf „Act. N. 231“, Urteil am 06. 04. 1778 eröffnet, ebenda mit Hinweis auf „Act. N. 233“.

⁶⁴ Wie Fn. 1, fol. 14, Appellation mit Verweis auf „Act. N. 284“, wurde abgeschlagen, mit Verweis auf „Act. N. 256“.

⁶⁵ Zum selben Ergebnis für Hamburger Admiralitätsprozesse gelangt *Frentz*, Admiralitätsgericht (Fn. 4) 71 f.

Stefano Brentano führte mittlerweile die Handelsgesellschaft unter der alten Firma „Dominico Brentano & Söhne“ „mit so wenig Geschick“ allein fort, dass er bei seinem Tod 1769 mit rund 50.000 Gulden verschuldet war und eine große Zahl unbefriedigter Gläubiger zurückließ⁶⁶.

Auch verdeutlichen die beschriebenen Aktivitäten die Ambivalenz von Justiznutzung insbesondere durch Vertreter des Handelsstands: Einerseits wurden durch entsprechende Verzögerungstaktiken bei Bedarf Gerichte instrumentalisiert. Andererseits standen und stehen langwierige Gerichtsverfahren generell im Widerspruch zu den Bedürfnissen des Handels, der bestrebt ist, seine Geschäfte zügig und außergerichtlich abzuwickeln. Letzteren Aspekt umschrieb der Frankfurter Gerichtsrat Maß bei den Verhandlungen des 5. Deutschen Juristentags im Jahr 1864 anlässlich der Frage zur Notwendigkeit eines höchsten Gerichtshofes in Handelssachen für ganz Deutschland so: „Der Handelsstand pflegt überhaupt nicht nach Principien, sondern nach Interessen zu handeln. Das Bedürfnis hat den Handelsstand von jeher dahin geführt, sich gegen die Justiz, wie sie in allen unseren Staaten gewesen ist, zu sträuben: er konnte die langen Fristen und den schwerfälligen Gang des Processes nicht abwarten; wenn der Proceß zu Ende [war, *Anm. d. Verf.*], hatte der Kaufmann, dessen Geschäfte immer schnell gehen müssen, kaum noch ein Interesse daran, wie die Sache entschieden war“⁶⁷.

Schließlich zeigt diese erste Etappe im Brentanoschen Streit, wie die Gerichtspraxis in einem in der Literatur breit erörterten Problem verlief. Zweifelte man in der in römischrechtlicher Tradition verhafteten Dogmatik die Gültigkeit eines Schiedsvertrags wegen der unzureichenden Benennung der Schiedsrichter überwiegend an, verhalfen dagegen die ordentlichen Gerichte durch die nachträgliche Bestimmung von Schiedsrichtern der Schiedsabrede zu ihrer Durchführbarkeit. Damit war zum einen der Versuch unternommen, im öffentlichen Interesse zu handeln⁶⁸, indem eine Entlastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch die außergerichtliche Streitentscheidung in der Sache selbst herbeigeführt wurde – was im vorliegenden Fall freilich nicht gelang. Zum anderen kam diese Spruchpraxis auch den Interessen der Parteien des Schiedsvertrags, namentlich Vertretern des Handelsstandes mit ihrer Vorliebe für solche gütlichen Einigungen, entgegen und verhalf ihnen zur Durchsetzung.

Doch zurück zum Brentanoschen Familienzweist: Im Dezember 1784, also 28 Jahre nach Aufnahme der Bemühungen durch Dominico Antonio, legte das – zu guter Letzt gerichtlich bestimmte – Schiedsrichtergremium endlich verschiedene Aufstellungen vor⁶⁹, auf deren Grundlage die Nachfahren der beiden verbliebe-

⁶⁶ Dazu näher Dietz, *Handelsgeschichte* (Fn. 5) 249.

⁶⁷ Verhandlungen des Fünften Deutschen Juristentages, Bd. 1 (Berlin 1864) 149.

⁶⁸ Zum generell vorrangig berücksichtigten öffentlichen Interesse in streitigen Handelssachen siehe auch *Jean Hilaire*, *La résolution des conflits en matière de commerce à travers les archives du Parlement au XIII^e siècle*, in diesem Band.

⁶⁹ Schriftliche Reproduktion von Auszügen verschiedener Handelsbücher, ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 251, [Q] 97, Scripturen [Q] 98, Aufstellungen bzgl. der Amsterdamer Handlung [Q] 105, Auszug aus dem Kapitalienbuch [Q] 106.

nen Gesellschafter dazu verurteilt wurden, einen Betrag von rund 100.000 Gulden zu zahlen⁷⁰. Hinsichtlich eines Postens über 33.486 Gulden nebst Zinsen machten die Schiedsrichter ihre Entscheidung davon abhängig, dass Dominico Antonio „mittelst leiblichen Eydes erhärten“ müsse, dass eine Kürzung des väterlichen Gesellschaftsanteils zu keiner Zeit – also weder mit ihm noch zuvor mit dem Vater – vereinbart worden sei. Bei erfolgter Eidesleistung werde „die von den Herren Beklagten eigenmächtig vorgenom[m]ene Reduction des Klägers Vaters von einem ganzen auf einen halben Compagnon hiermit als zu Recht nicht beständig wiederum aufgehoben, somit letztere schuldig erkannt“⁷¹.

Nachdem Dominico Antonio die Bedingung erfüllt hatte, hätte der Konflikt zu einem Ende kommen können. Allerdings wollten sich die unterlegenen Brentanos mit dem ergangenen *Laudum* nicht zufrieden geben. Zwar war das so genannte *Laudum* ein generell verbindliches Endurteil der Schiedsrichter⁷². Doch hatte sich in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert, auf die Lehre von Durantis zurückgehend, in der Literatur und ihr folgend in der Praxis des Reichskammergerichts eine Konstruktion durchgesetzt, mit deren Hilfe eine gerichtliche Überprüfungsinstanz geschaffen war: Noch nach mittelalterlichem deutschem Recht war der Schiedsspruch eine bindende Entscheidung, wodurch in derselben Sache keine Klage mehr vor einem ordentlichen Gericht erhoben werden konnte. Dieses hatte vielmehr die schiedsrichterliche Entscheidung nach ihrem förmlichen Nachweis wie jedes andere öffentliche Urteil zu vollstrecken, ohne dass jedoch eine materielle Überprüfung des Spruchs erfolgte⁷³. Die römisch-kanonische Doktrin dagegen leugnete mit der Verbindlichkeit des Schiedsvertrags als *nudum pactum* auch die Rechtskraft des auf ihm basierenden Spruchs⁷⁴. Erstmals Durantis unterschied dann in der Glossatorenzeit zwischen *arbitrator* und *arbitrator* dahingehend, dass sich der Rechtsfragen entscheidende und an das Recht gebundene *arbitrator* auch streng an die Vorschriften des ordentlichen Verfahrens zu halten, der *arbitrator* dagegen über streitige Tatbestände, wie zum Beispiel die Bemessung des entstandenen Schadens oder die Angemessenheit des Preises, nach billigem Ermessen zu

⁷⁰ Vom 16. 12. 1784, (Fn. 1), fol. 19^v, mit Verweis auf „Act. N. 86“.

⁷¹ Der Bescheid endet mit dem Hinweis, wonach die Berechnungsgrundlagen beiden Parteien „zur Einsicht vorgelegt, auch jedem darvon auf sein Verlangen und kosten Abschrift ertheilt werden.“ Unterlagen und Bescheid wurden bei dem Frankfurter Gericht mit der weiteren Maßgabe hinterlegt, auch an die auswärtigen Mitbeklagten in Tremezzo, Amsterdam, Miltenburg und Mailand „vermittelst Subsictialen an deren Orts Obrigkeiten das gegebene *Laudum* insinuieren zu lassen“, (Fn. 1), fol. 24^v.

⁷² Zum Begriff *Krönitz*, *Oeconomische Encyclopädie* (Fn. 8); *Samuel Oberländer* (Hrsg.), *Lexicon juridicum romano-teutonicum*, unveränderter Nachdruck Nürnberg 1753, herausgegeben und eingeleitet von *Rainer Polley* (Köln, Weimar, Wien 2000) (im Folgenden zitiert: *Oberländer*, *Lexicon juridicum romano-teutonicum*) und *Hayum*, *Schiedsvertrag* (Fn. 17) 92, Anm. 1 m.w.N.

⁷³ Als Nachweis kamen etwa das Zeugnis der Schiedsrichter, der versiegelte Urteilsbrief oder der Eintrag ins Stadtbuch in Frage; näher dazu *Krause*, *Schiedsgerichtswesen* (Fn. 4) 35 ff.

⁷⁴ Dazu näher *Krause*, *Schiedsgerichtswesen* (Fn. 4) 48 ff. Zur Rechtsnatur des Schiedsspruchs für die Zeit nach Inkrafttreten der CPO *Hayum*, *Schiedsvertrag* (Fn. 17) 92 ff.

befinden habe⁷⁵. Hinsichtlich des Schiedsvertrags, der den Schiedsrichter der Einhaltung des strengen Rechts entthob und ihn zu einer Entscheidung nach Billigkeitskriterien ermächtigte, setzte sich in der Folge die Interpretation durch, hierin einen Vertrag über die Bestellung eines *arbitrator* zu sehen, dessen Urteil innerhalb eines Zeitraums von 30 Jahren von einem ordentlichen Richter überprüft werden konnte⁷⁶. Nur die Entscheidungen des *arbiters* wurden weiterhin für unanfechtbar gehalten. Damit war „eine Tür geöffnet, um das Rechtsmittelwesen auch in das Gebiet der Schiedssprüche einzulassen“⁷⁷; in der Praxis des Reichskammergerichts setzte sich hierauf bald die Auffassung durch⁷⁸, ein Schiedsspruch sei stets dann überprüfbar, wenn er eine „enormissimam laesionem vel manifestam et evidentem iniquitatem“⁷⁹ oder die *laesio* „ultra dimidiam iusti precij“⁸⁰ enthielte. Auf reichsrechtlicher Ebene⁸¹ fand die Entwicklung schließlich ihren Höhepunkt in § 66 des Regensburger Reichsabschieds von 1594, der eine Revision gegen Schiedssprüche beim Reichskammergericht für zulässig erklärte, sofern „sich die Partheyen de enormissima laesione beklagen würden, quae liquido & manifestè ex actis constare possit, adeoque pravam sit arbitrium, ut manifesta ejus iniquitas appareat“⁸².

Dementsprechend fand eine richterliche „Reduction des Laudi statt“, wenn „von dem gravaminirenden Theil dem Richter mit Anführung und Bescheinigung [die] so enorm verlezenden Umstände würcklich unter Augen gelegt werden

⁷⁵ *Guilelmus Durantis*, Speculum Guielmi Duranti (1494), Libri I, Particula I, Tit. De arbitro et arbitratore, fol. 42^r–54^r, v.a. Abschnitt „Arbiter quod sit“, fol. 42^r. Damit hatte sich die Lehre vom römischen Recht abgewandt, das für beide Institute nur die Bezeichnung *arbitrator* kannte, L. 76–79 D. pro socio XVII, 2.

⁷⁶ *Andreas Gaill*, Practicarum observationum, tam ad processum iudicarium, praesertim Imperialis Camerae, quam causarum decisiones pertinentium, libri 2 (Antverpiae 1653) hier lib. I, Observ. CL., No. 1 seqq., 259 seqq. (im Folgenden zitiert: *Gaill*, Practicarum). Zu dieser Entwicklung siehe auch *Helmut Coing*, Zur Entwicklung des Schiedsvertrages im Ius Commune. Die amicalis compositio und der Schiedsspruch ex aequo et bono, in: Festschrift für Heinz Hübner zum 70. Geburtstag am 7. November 1984, herausgegeben von *Hans-Jürgen Becker*, *Gottfried Baumgärtel* (Berlin 1984) 35–46.

⁷⁷ *Krause*, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 54.

⁷⁸ Noch *Johann Georg Estor*, Anfangsgründe des gemeinen und reichsprozesses, vermehrte und verbesserte Aufl. (Frankfurt und Leipzig 1752) (im Folgenden zitiert: *Estor*, Anfangsgründe), unterscheidet jedoch trennscharf zwischen Schiedsfreunden, die ohne „die Form des Processes [...] in einer Gesellschaftssache“ tätig würden, wenn „also einem contracte bona fidei, ungleiche vertheilung des gewinns und verlustes gemacht hätte, und daß der verkürzte in gesellschaft stehende dawider sich melden könnte“, und Schiedsrichtern, die gewählt würden, um „die streitigkeit nach vorschritt des prozesses zu untersuchen“, Tit. 121 und 122, §§ 1002–1017 b., 367–371.

⁷⁹ *Gaill*, Practicarum (Fn. 76) 8ff.

⁸⁰ *Joachim Mynsinger von Frundecke*, singularium observationum Imper. Camerae centur. VI. (Helmaestadii 1594) Cent. I, Observ. XXXIII., 27 seq.

⁸¹ Zur Gesetzgebung in den Territorien siehe *Krause*, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 56 ff.

⁸² Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Welche von den Zeiten Kayser Conrads des II. bis jetzo, auf den Teutschen Reichs-Tägen abgefasset worden, Bd. 3 (Frankfurt am Main 1747) 418–451, 431f.

kann⁸³. Passend hierzu strengte weniger als zwei Wochen nach Publikation des *Laudums* die Gegenseite⁸⁴ von Dominico Antonio die gerichtliche Überprüfung des schiedsrichterlichen Urteils an; seine Widersacher erachteten es aus mehreren Gründen für nichtig und beriefen sich deshalb „auf die Zulässigkeit mehrerer gegen ein *laudum* eintreffender Rechtsmittel“⁸⁵.

Indem so die Unterlegenen die auf der Grundlage des *Compromisses* ergangene schiedsrichterliche Entscheidung durch die öffentliche Justiz inhaltlich überprüfen ließen, erreichten sie es ein weiteres Mal, die Grenze zwischen öffentlicher und privater Konfliktbewältigung zu verwischen. Nicht nur, dass die geschilderten Bekämpfungen durch die Brentanoschen Brüder in ihrer Intensität und Ausdauer außergewöhnlich sein dürften und die „in diesem Prozeß hervortretende bittere Feindschaft [...] in auffälligem Gegensatz“ zu dem bisherigen festen Familien- bzw. Gesellschafterzusammenhalt unter den Brentanos stand⁸⁶. Auch sind gerichtliche Verfahren, in denen schiedsgerichtliche Sprüche überprüft wurden, im 16. Jahrhundert noch häufiger, dagegen ab dem 17. Jahrhundert zunehmend als Rarität zu bezeichnen⁸⁷. Gegenstand eines reichskammergerichtlichen Verfahrens

⁸³ Aus dem Gutachten der Juristenfakultät Tübingen mit Verweis auf Gaill, Lauterbach und Estor (zu diesen näher vor Fn. 112), ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 67.

⁸⁴ Einige der Beklagten akzeptierten den Schiedsrichterspruch. Nur Peter Anton und der Anwalt der Erben des Stephano Brentano, also die beiden ehemaligen Mitgesellschafter Dominico Antonios bzw. ihr Rechtsbeistand fochten den Schiedsrichterspruch an.

⁸⁵ Vom 24. 12. 1784 (Fn. 1), fol. 29^v, mit Verweis auf „Act. [276]“.

⁸⁶ Dietz, Handelsgeschichte (Fn. 5) 247.

⁸⁷ Für die vollständig durchgesehenen Bestände Frankfurts und Lübecks ergibt sich für das 16. Jahrhundert folgendes Bild: StA Lübeck RKG Nr. W 21, Tode gegen Wilmes, dort *Laudum* vom 1467, [Q] 5; StA Lübeck RKG Nr. B 31, Boeß gegen Schloeffken, dort Schiedsspruch aus der Mitte des 16. Jahrhunderts; StA Lübeck RKG Nr. H 57, Herzog Adolf von Schleswig-Holstein-Gottorf gegen den Rat der Stadt Lübeck, dort Schiedssprüche u. a. durch den König von Dänemark, [Q] 42, fol. 210^v–215, die Räte der Städte Lübeck und Hamburg, und den Herzog von Braunschweig-Lüneburg [Q] 47, 141, 346, 347, aus der Zeit zwischen 1401–1474. Der Streit drehte sich hier um hoheitliche Rechte; StA Lübeck RKG Nr. R 30, Rockendorff gegen Rosenauer, dort vom Rat der Stadt Lübeck beglaubigter *Compromiss* vom 22. 06. 1567, [Q] 5, und *Laudum* vom 04. 10. 1567, [Q] 6; Urkunde der Stadt Lübeck, dass die Parteien die Appellation fallen gelassen und sich in den schiedsrichterlichen Spruch fügen, ohne [Q] am Ende. Für Frankfurt ist zwar kein Verfahren im Repertorium nachgewiesen, in dem ein Schiedsspruch gegenständlich war. Wie die Prüfung anderer Repertorien, wie etwa Stuttgart, jedoch ergeben hat, steht dieser Befund isoliert und dürfte eher auf Verzeichnungslücken zurückzuführen sein. Im Stuttgarter Bestand finden sich zudem auch andere Bezeichnungen für schiedsrichterliche Sprüche, wie etwa in HStA Stuttgart RKG Nr. 4451, dort der vor dem Bischof von Konstanz geschlossene sog. „Anlaß“ von 1462, Aktennr. I, ohne [Q], hinter [Q] 49; HStA Stuttgart RKG Nr. 4327, dort sog. „Taidigungen“ von 1513 und 1450, [Q] 10, fol. 50^v–54^v, die in einem Streit zwischen den Jagstfishern von Wimpfen im Tal und den Deutschordensuntertanen in Jagstfeld um Weidgerechtigkeiten auf der Flussinsel Wöhrd zur Untermauerung der appellatischen Ansprüche den Akten beigefügt wurden, worin die dort genannten Beteiligten „gemittelt unnd getheidigt worden“, [Q] 13. Für das 17. und 18. Jahrhundert: In Frankfurt sind bis auf das hier untersuchte Brentanosche ausschließlich Verfahren, die „jüdische Compromisse“ bzw. von Rabbinern verfasste Schiedssprüche beinhalten, nachgewiesen: ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 666, Mayer zur

sind schiedsrichterliche Entscheidungen in der Regel nur noch dann, wenn um die Vollstreckung des kompromissarischen Urteils gestritten wurde⁸⁸. Gelang es demnach immer seltener einer Partei, Gründe vorzubringen, mit denen sie erfolgreich gegen die von den Gegnern zumeist vorgebrachte *exceptio transactionis*, also die Einrede, dass die rechtshängig gemachte Sache bereits rechtskräftig entschieden ist⁸⁹, durchdrang? Eher hängt der Umstand, dass das hier vorgestellte Verfahren zu seiner Zeit als vereinzelte Erscheinung gelten muss, zum einen mit der sinkenden Popularität der freiwillig geschlossenen Schiedsverträge zusammen: Vor dem Hintergrund der generell spärlichen Reichsgesetzgebung mit prozessuellem Inhalt lässt sich der Stellenwert ablesen, den die Frage der richterlichen Überprüfbarkeit von Schiedssprüchen und damit das Schiedswesen insgesamt noch zur Zeit des Erlasses der einschlägigen Regelung im Regensburger Reichsabschied, also am Ende des 16. Jahrhunderts einnahm. Bestätigt wird diese Einschätzung durch die Begründung für die Vorschrift, in der es heißt, dass „solche Compromiss an berühmtem Cammer-Gericht zu viel gemein werden, auffwachsen, und darumb die unvermeidliche Nottdurfft erfordert, auff eine beständige Verordnung zu gedencken“⁹⁰. Und noch im Jahr 1690 spricht Samuel Stryk davon, dass „hodie arbitratorum in negotiis controversis frequentissimus usus est, unde Jura praesentis Tituli usu fori non exolevisse, sed confirmata esse, nemo in dubium revocabit“⁹¹. Im Jahr 1755 dagegen konstatiert dann Hellfeld, die *Compromisse* seien „auch

gelben Rose gegen Amsel zur Maise, dort *Compromiss* aus der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts; ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 673, Model zum goldenen Hasen gegen Löw zur gülden Arche, dort *Compromiss* von 1677, [Q] 37, und weitere Schiedssprüche durch Rabbiner; ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 751, Moses und Michael zur roten Tür gegen Bartold Schard, dort Anspruch auf Vollstreckung eines 1727 geschlossenen *Compromisses*; ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 786, Moses Benedikt Goldschmidt gegen Jakob Emden, dort hebräisches *Laudum*, [Q] 60; ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 819, Moses Jakob Hahn gegen Schultheiß, Bürgermeister, Schöffen und Rat der Stadt Frankfurt, dort Anspruch auf Vollzug eines von jüdischen Schiedsrichtern gefällten Kompromissurteils von 1693, [Q] 6; ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 828, Isaak Nathan Goldschmidt gegen Schultheiß, Bürgermeister, Schöffen und Rat der Stadt Frankfurt, dort Frage der Gültigkeit eines 1722 geschlossenen jüdischen *Compromisses*, [Q] 8. Für den Lübecker Bestand: StA Lübeck RKG Nr. B 22, Verfahren Bargerdorff gegen Redegeldt, dort *Compromiss* vom 24. 08. 1622 nach [Q] 13, Lit. D.; StA Lübeck RKG Nr. L 8, Verfahren Lauwen gegen Brüning, dort *Laudum* der Schiedsleute vom 17. 10. 1659, wonach die Parteien „es für daß Höchste gericht außgedisputiret und gesprochen“ halten wollten, [Q] 8; StA Lübeck RKG Nr. R 38, Verfahren Rodtberth gegen Grabower, dort Sprüche der Ältesten der Schippgesellschaft von 1603 und 1605, [Q] 6, fol. 10, 12.

⁸⁸ So etwa in ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 751 und 819.

⁸⁹ *Oberländer*, *Lexicon juridicum romano-teutonicum* (Fn. 72), benennt insgesamt 16 Gründe, warum die Einrede „ihren Abfall“ hat, darunter auch, „wann eine enorme Verkürzung geschehen“. Dazu auch *Matthaeus Wesenbeck*, In *Pandectas iuris civilis* (Patavij 1658) Digest. Lib. II., Tit. XV., 157–171, zum Schiedsvertrag insbes. 162. Zur *exceptio transactionis* insgesamt auch *Johann Zanger*, *De Exceptionibus et Quaestionibus* (Francofurti ad Moenum 1730) Part. III., Cap. XVIII., 630–641.

⁹⁰ § 65 RA 1594 (Fn. 82) 431.

⁹¹ *Samuel Stryk*, *Specimen Usus moderni pandectarum* (Francofurti & Witebergae 1690) Lib. IV., Titul. VIII., § 1, 432.

noch jetzt nicht ganz ausser Gebrauch gekommen“⁹², obwohl bereits zur gleichen Zeit erstmals das Sprichwort „mach kein Compromiss, du verlierst es gewiß“ nachweisbar ist⁹³. 1774 stellt Moser schließlich fest, *Compromisse* seien „sehr selten“⁹⁴.

Hauptursache dieses generellen Bedeutungsverlusts schiedsrichterlicher Entscheidungen war der Umstand, dass ausschließlich kontradiktorische Urteile die Möglichkeit boten, aus ihnen unmittelbar zu vollstrecken⁹⁵. Mit Rücksicht hierauf dürften die höheren Gerichtskosten und die Belastung sozialer Netzwerke unter den Kaufleuten zunehmend nachrangige Kriterien gewesen sein, zumal in größeren Handelsstädten die Konfliktbereitschaft durch gestiegene innerstädtische Konkurrenz angewachsen sein dürfte, und die handelsrechtliche Fachkompetenz graduierter Richter zunehmend Anerkennung unter den Kaufleuten fand⁹⁶.

Zum anderen gebot § 65 des Regensburger Reichsabschieds, dass „nicht alle compromissa oder arbitria, wie sie auch geschaffen wären, an Unserm Cammer-Gericht zugelassen oder anzunehmen, sondern (jedoch mit Cammer-Richters und Beysitzer guten freyen Willen) allein diejenigen, so sich zwischen den Ständen, die dem Reich immediate unterworfen, und vermög der Reichs-Ordnung die Austräg haben, dann auch den Personen welche ihrer Eigenschafft nach, in erster Instantz ans Cammer-Gericht gehörig, zutragen, daselbst auf- und angenommen werden sollen“⁹⁷. Diese in ihrer Rechtsnatur als Sollvorschrift ausgestaltete Regelung ermöglichte es den Assessoren des Reichskammergerichts, bei sämtlichen nicht Reichsunmittelbaren frei darüber entscheiden zu können, ob sie über die bei ihnen angetragene Schiedssache entscheiden wollten. So erklären sich die auch nach 1594 vereinzelt vorkommenden Verfahren reichsmittelbarer Parteien, die einen *Compromiss* anfochten, zu denen auch der Streit der Brentanos zählt.

Obwohl seine Verwandten ausnahmsweise dennoch das Gehör des Reichskammergerichts in einer zuvor schiedsrichterlich entschiedenen Sache fanden, wollte Dominico Antonio keinesfalls weiter streiten; in einem „Versuch zur Güte“ erbot er sich, statt der „bereits gesprochene[n] Summe von 99983 Gulden [...] mit der

⁹² Johann August Hellfeld, Repertorium reale practicum iuris privati Imperii Romano-Germanici oder Vollständige Sammlung aller üblichen und Brauchbaren Rechte im Heil. Römischen Reiche, und den benachbarten Landen [...], 2. Theil C bis F (Jena 1755) 982.

⁹³ Wiguläus Xaver Aloys von Kreittmayr, Anmerkungen Über den Codicem iuris Bavarici iudiciarii (München 1754), Cap. 17, § 2, 231.

⁹⁴ Johann Jacob Moser, Von der Teutschen Justiz-Verfassung, Bd. I (Franckfurt und Leipzig 1774), 2. Buch, 11. Cap., § 14, 527, der hier freilich mit seiner Äußerung solche *Compromisse* gemeint hat, bei denen die Parteien vereinbart haben, ihre Streitigkeit sogleich an eines der Reichsgerichte zu bringen.

⁹⁵ Krause, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 36, Fn. 190. Dieses Motiv nennt auch Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 4) 72, für die Hamburger Verhältnisse.

⁹⁶ Für das Hamburger Admiralitätsgericht hat dies Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 4) 72, festgestellt. Zur Rezeption wechselrechtlicher Judikatur des Reichskammergerichts durch die Handelspraxis siehe Amend-Traut, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 2).

⁹⁷ § 65 RA 1594 (Fn. 82) 431.

runden Summe von 90/m. Gulden sich begnügen zu wollen“⁹⁸. Hierauf wurden ihm von der Gegenseite 2.000 Gulden geboten⁹⁹. Dominico Antonio schlug dieses „Angebot“ aus und berief sich auf die Rechtskraft des schiedsrichterlichen Spruchs. Hiergegen reichten die Beklagten ein Parere zu den Akten, wonach die Kürzung des Gesellschafteranteils von „einem ganzen auf einen halben Compagnon“ rechtmäßig erfolgt und demzufolge von den Schiedsrichtern ein Posten über rund 40.000 Gulden falsch bilanziert worden sei¹⁰⁰. Solche kaufmännischen Gutachten, jedenfalls in der handelsrechtlichen Judikatur weit verbreitet und dort als Beweismittel allgemein anerkannt¹⁰¹, fanden vielfach sogar Eingang in gedruckte Handbücher zur kaufmännischen Praxis oder ihren Niederschlag in Gesetzessammlungen¹⁰², was starkes Indiz dafür ist, dass ihnen zumindest im Geschäftsverkehr darüber hinaus der Charakter von allgemein verbindlichen Rechtsquellen beigelegt wurde; Krause konstatiert, Parere hätten seit dem 17. Jahrhundert „langsam den Charakter von Schiedssprüchen“ angenommen, so dass die Gutachten erstellenden Handelsleute insoweit den aktenversendenden Juristenfakultäten gleichzusetzen seien¹⁰³. Allein, das Parere blieb von der Frankfurter Gerichtsbarkeit unbeachtet. Vielmehr scheiterte ein weiterer, jetzt gerichtlich angestrebter Güteversuch; darauf hatten Gerichte insbesondere dann hinzuwirken, wenn „die Sache so dunkel und verwickelt ist, daß man nicht sowohl ihre Entscheidung finden, als ungefähr nur muthmassen kann, welche Partei das Recht auf ihrer Seite hat“¹⁰⁴. Wie bereits erwähnt, wurde die Durchführung eines Güteverfahrens im Verlauf der Frühen Neuzeit durch statutarrechtliche Regelungen vielerorts sogar zur obligatorischen Voraussetzung ordentlicher Verfahren¹⁰⁵.

Nach diesen letzten vergeblichen Bemühungen um eine gütliche Regelung wurde im Jahr 1789 vom Frankfurter Schöfferrat „vi decreti [...] ex officio auf die Versendung der Acten erkannt“¹⁰⁶. Nunmehr sollte also die juristische Fakultät Tübingen die Frage einer nochmaligen Revision der Handelsbücher klären. Hierbei war auf etliche Punkte einzugehen, die die Beklagten gegen die Wirksamkeit

⁹⁸ Wie Fn. 1, fol. 29^v, mit Verweis auf „Act. [363]“.

⁹⁹ Wie Fn. 1, fol. 29^v, mit Verweis auf „Act. [370]“.

¹⁰⁰ Wie Fn. 1, fol. 29^v, mit Verweis auf „Act. [373, 374]“.

¹⁰¹ *Eva-Christine Frentz*, Kaufmännische Gutachten – Parere – im Hamburgischen Seeprozeß, in: ZNR 10 (1988) 151–178.

¹⁰² So etwa bei *Johann Gottlieb Siegel*, *Corpus juris cambialis*. [...] Vollständige Sammlung derer auf den vornehmsten Handels-Plätzen auch anderer Orten in Europa üblichen allerneuesten Wechsel-Handlungen [...] auch endlich eine zum Wechsel-Recht überhaupt dienliche Einleitung [...], II Theile (Leipzig 1742). Dazu näher auch die Ausführungen zu Punkt B.I. bei *Amend-Traut*, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 2).

¹⁰³ *Krause*, Schiedsgerichtswesen (Fn. 4) 72.

¹⁰⁴ So *Herchenbahn*, Reichshofrath (Fn. 54) zu eigens eingesetzten Hofkommissionen zum Versuch eines gütlichen Ausgleichs, 324, 458.

¹⁰⁵ Dazu auch schon die Ausführungen vor Fn. 17. Für das Verfahren vor dem Hamburger Admiralitätsgericht, bei dem etwa ein Güteverfahren zwingend vorgeschrieben war, *Frentz*, Admiralitätsgericht (Fn. 4) 69–72.

¹⁰⁶ (Fn. 1) fol. 29^v, mit Verweis auf „Act. [371]“. Aktenversendung in ISG Frankfurt a.M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q].

der schiedsrichterlichen Entscheidung vorbrachten. Neu war insbesondere der Einwand, die Kommissions-Akten seien nicht vollständig gewesen, „mithin aus mangelhaften Acten das Laudum gesprochen worden“.

Die Juristenfakultät Tübingen bestätigte jedoch das *Laudum*: „Deßen allen aber unerachtet, in genauerer Erwägung dieser weitläufigen Rechts-Sache, sind wir aber doch der rechtlichen Meynung, daß gedachtes Laudum allerdings zu Recht beständig, und Beklagter und Implorantischer Theil mit seinem in so manchem Betracht ganz unstatthafften Gesuche abzuweisen sey“¹⁰⁷. In ihren *rationes decidendi* führten die Juristen aus, die maßgeblichen Akten hätten der Kommission vorgelegen. Dies sei infolge der vorherigen Einwendungen dekretiert und damit rechtskräftig. Schließlich habe der Kläger auf Vollständigkeit beharrt und die Beklagten selbst hätten zunächst die vollständige Aushändigung der Unterlagen verweigert¹⁰⁸. Hieraus ergebe sich, „daß, wann je die zur Entscheidung der Sache nöthigen Handelsbücher und Documenta nicht vollständig der Schiedsrichterlichen commission zur Einsicht vorgelegt worden wären, hiervon die Schuld niemand anders, als dem beklagten – jetzt implorantischen Theile selbst beygemessen werden müßte; wie dann noch im Jahr 1777 [...] von Seiten der Kauffmännischen Hrn. Schiedsrichter über den beklagten Theil wegen vorenthaltung einiger noch zu edirenden Handelsbücher und Documente Klage geführt wurde“¹⁰⁹.

Im Übrigen bescheinigte die Juristenfakultät den Schiedsrichtern akribische Arbeit, die zu richtigen Ergebnissen geführt habe. Die als falsch gerügte Bilanzierung sei auf den Umstand zurückzuführen, dass „eines Theils des Klägers Vater zur Ungebühr von seinen Brüdern und Handlungsgenossen von einem ganzen auf einen halben Compagnon reducirt wurde; wie solches von den gesam[m]ten Schiedrichtern so gründlich, als umständlich dargethan worden ist [...] wogegen beklagter Theil um so weniger Ursache sich zu beschwehren hat, als noch im Laudo bey diesem Puncte, um ja auf das sicherste zu gehen, noch vorerst dem Kläger der Reinigungs-Ayd zuerkannt worden ist.“ Vielmehr sei „dem Societats-Fond [...] die beträchtliche Summe von 40/m Gulden entzogen und auf die unverantwortlichste Weise einigen Handelsgenossen privatim zugeschieden worden“¹¹⁰. Aus der Aufdeckung weiterer Posten durch die Schiedsrichter habe sich zugunsten des Klägers außerdem ergeben, dass „würcklich existirende activa nicht gehörig eingetragen, bald falsche erdichtete passiva der Societat zur Last gelegt“ wurden¹¹¹.

Schließlich wies die Juristenfakultät unter Benennung einschlägiger Fundstellen in prozessrechtlicher Literatur darauf hin, dass „bekannten Rechten nach nur dann eine Reduction des Laudi“ stattfinde, wenn der schiedsrichterliche Spruch eine enorme Verkürzung der Rechte einer der Parteien darstelle, und die beschwerte Partei dem Richter „mit Anführung und Bescheinigung der so enorm

¹⁰⁷ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 43^v, 44^r.

¹⁰⁸ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 61^r.

¹⁰⁹ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 62.

¹¹⁰ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 64^v, 65^r.

¹¹¹ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 65^v, 66^r.

verletzenden Umstände würcklich unter Augen“ legen könne¹¹². Da jedoch die „Imploranten eine Verletzung der Art nichts weniger als erwiesen, und in die Augen fallend dargelegt haben“, müsse es bei dem schiedsrichterlichen Spruch bleiben¹¹³.

Daraufhin appellierten die Provokanten an das Reichskammergericht, das eine Kommission beauftragte, die schiedsrichterlichen Inventarien zu überprüfen¹¹⁴. Das Urteil des Reichskammergerichts, das auf den Sommer 1799 datiert, stellt unter anderem fest, dass die von den Schiedsrichtern vorgenommenen Bewertungen nach Maßgabe des Kommissionsberichts zu korrigieren seien, und hauptsächlich, „daß die Reduction des Paolo Brentano von einem ganzen auf einen halben Compagnon für rechtsbeständig zu erklären, und die aus dem Grunde der wieder aufgehobenen Reduction dem Appellaten zugesprochene Foderungen [...] an der dem Appellaten zu gut geschriebenen Hauptsummen abzuziehen“ sei¹¹⁵. Von der sich ursprünglich auf rund 100.000 Gulden belaufenden Forderung verblieb den Rechtsnachfolgern des mittlerweile ebenfalls verstorbenen Dominico Antonio jedenfalls nur mehr ein Bruchteil. Daneben hatten beide Parteien erhebliche Prozesskosten zu tragen; allein einer der vier Sachverständigen, Bachmayer, hatte insgesamt 5.860 Gulden für 1.465 Sitzungen à 4 Gulden berechnet, und die Kosten für die in der Zeit zwischen August 1799 und Februar 1800 eingesetzten kaiserlichen Kommission beliefen sich auf 3.211 Gulden 36 Kreuzer¹¹⁶.

Das Reichskammergericht wich in seiner Entscheidung von den Standpunkten der Schiedsrichter und der Juristenfakultät ab, denn es hielt den Umstand, dass eine Reduzierung auf einen halben Compagnon nicht stattgefunden habe, als nicht erwiesen an. In Anlehnung an die Ausführungen der eingesetzten Kommission wurde demnach der Kläger dafür als beweispflichtig angesehen. Die Handelsbücher gaben hierüber keine hinreichende Auskunft¹¹⁷, und der hierauf von Dominico Antonio geleistete Eid war zur Beweisführung offensichtlich als nicht ausreichend angesehen worden.

Um ein weiteres Verfahren vor dem Frankfurter Schöffengericht zu vermeiden, der mit der Vollstreckung des reichskammergerichtlichen Urteils und demzufolge mit der endgültigen Abrechnung der einzelnen Streitposten beauftragt worden war, griffen die Parteien zuletzt doch noch auf ein Mittel friedlicher Streitbeilegung zurück: Im Jahr 1801 schlossen die Parteien einen Vergleich, der höchstrichterlich

¹¹² Mit Hinweis auf *Andreas Gaill*, Deß Keiserlichen Cammer Gerichts sonderliche Gerichtsbreuche/ unnd RechtsRegeln (Hamburg 1603) Lib. 1, Obs. 150, n. 9. 11, 288–290; *Wolfgang Adam Lauterbach*, Collegium Theoretico-Practicum (Tubingae 1726) Pars I, Lib. IV., Tit. VIII., § 37, 389; *Estor*, Anfangsgründe (Fn. 78).

¹¹³ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, ohne [Q], fol. 67.

¹¹⁴ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 253, ohne [Q], Kommissionsbericht nebst Aktenbeilagen.

¹¹⁵ Urteil vom 16. 07. 1799 ist den Akten beigelegt, ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 132, Aktennr. 249, [Q] 150.

¹¹⁶ Zu den Kosten siehe auch *Dietz*, Handelsgeschichte (Fn. 5) 249.

¹¹⁷ Zu deren Beweiskraft *Carsten Dunkmann*, Die Beweiskraft der Handelsbücher. Von den Anfängen bis zur Verabschiedung des ADHGB von 1861 (Saarbrücken 2007).

bestätigt wurde. Zwar war ein solches Attest nicht zwingend vorgesehen, doch „zuweilen glauben die Parteien, ihren Vergleich unverbrüchlicher zu machen, wenn sie um eine förmliche [...] Bestätigung bitten“¹¹⁸. In ihr heißt es, die Rechtsnachfolger der gegnerischen Onkel machten sich „hauptsächlich aus Beweggründen der Gutmüthigkeit [...] verbindlich [...], die Summe von Gulden 6.000 und überdieß als ein freywilliges Geschenk“ zu zahlen¹¹⁹.

Die beschriebene gerichtliche Auseinandersetzung mit Aspekten eines außergerichtlichen Verfahrens offenbart, wie beengend der Versuch einer Grenzziehung zwischen diesen beiden Bereichen wirken kann: Denn der Fall zeigt, mit welchen Instrumenten außergerichtlicher Streitbeilegung Parteien operieren, aber auch, wie diese Instrumente in einem förmlichen Gerichtsverfahren aufgehen konnten.

Die spektakuläre Vorgehensweise, mit der über ein halbes Jahrhundert Geschäftsinterna in mehr als 70 cm Prozessakten öffentlich zur Schau gestellt wurden, stellt einen Sonderfall dar: Spielte die außerordentliche, einverständliche Streitbeilegung bzw. die Schiedsgerichtsbarkeit gerade unter Handelspartnern nur bis zum 17. Jahrhundert eine besonders große Rolle, und dürfte insbesondere die fehlende Vollstreckungsmöglichkeit von Schiedssprüchen Ursache für die generelle Flucht ins kontradiktorische Verfahren sein, bleiben Streitigkeiten innerhalb von Gesellschaften ordentlichen Gerichten eher entzogen. Die Brentanos schlugen dagegen den Prozessweg auch für ihre interne Auseinandersetzung ein, freilich nur über den Umweg über ein vermeintlich gütliches Verfahren, und konnten hierdurch eine endgültige Entscheidung nicht nur eindrucksvoll hinauszögern, sondern zumindest teilweise zuletzt das Reichskammergericht in der Sache überzeugen. Damit weist das hier vorgestellte Verfahren darauf hin, dass Kaufleute in der Frühen Neuzeit der öffentlichen Justiz generell mehr Bedeutsamkeit beimäßen, indem sie es verstanden, diese für sich nutzbar zu machen.

Abstract

On the basis of the conflicts between the associates and legal successors of the Brentano trading company, established in 1703, the litigability of arbitration agreements is examined. The case shows, with which means of extra-judicial settlement the parties operated, but as well, how these instruments could mound into formal litigation. In growing contrast to the medieval structures, the contempt for amicable settlement between trade partners grows during the early modern period – with the apparent exception of conflicts within commercial societies and families. But even here the growing popularity of public and state-

¹¹⁸ Zu den Kosten dieser Bestätigung für ein reichshofrätliches Schreiben *Herchenbahn*, Reichshofrath (Fn. 54) 460. Im Übrigen wurde es bei einer gütlichen Einigung der Parteien allgemein als notwendig angesehen, die Beilegung des zuvor gerichtshängigen Streits anzuzeigen. Wie dies verfahrensmäßig zu erfolgen hatte, ebenda 458f.

¹¹⁹ ISG Frankfurt a. M. RKG Nr. 133.

based conflict resolution led the quarreling parties to exploit the public jurisdiction. They used it to delay decisions which should have been resolved outside the courts for long years. The ordinary courts supported the viability of the arbitration agreement by ex-post nomination of arbiters. By doing so, they acted in the public interest as they removed the load off their own shoulders and supported an extra-judicial decision. In the end, the 16th century's practice of the Imperial Chamber Court to control the content of arbitration agreements led to numerous state codes in the 17th and 18th centuries which in accordance with the absolutistic claim to judicial sovereignty degraded the arbitration agreements to a mere process-lengthening pre-stage of the ordinary justice.

Résumé

L'affrontement entre les associés et les successeurs de la société commerciale Brentano fondée en 1703 permet d'esquisser le caractère judiciaire des décisions arbitrales. L'affaire montre avec quels instruments extra-judiciaires les parties opèrent, mais aussi comment ces instruments peuvent s'intégrer à une procédure judiciaire formelle. A l'époque moderne, qui s'écarte en cela des structures médiévales, se dessine un mépris grandissant pour le règlement à l'amiable des conflits entre partenaires commerciaux. Les conflits internes à la société notamment à la famille semblent cependant échapper à cette tendance.

Grâce à la popularité croissante des modes de résolution des conflits par des institutions publiques souveraines, les parties en conflit instrumentalisaient, d'une certaine façon, la justice étatique, laquelle pouvait en outre être ralentie durant de nombreuses années par le recours aux procédures et manœuvres extrajudiciaires. Parce que les tribunaux ordinaires contribuaient à leurs réalisations, grâce à la détermination ultérieure de conventions d'arbitrage par des arbitres, ils agissaient dans l'intérêt public en désengorgeant les tribunaux ordinaires grâce à la résolution amiable des conflits. Enfin, la pratique judiciaire qui avait encore cours au 16^{ème} siècle de contrôler au fond les dispositions prévues par les conventions d'arbitrage, débouche aux 17^{ème} et 18^{ème} siècles sur de nombreuses lois locales qui – en harmonie avec les conceptions absolutistes de l'autorité judiciaire – dégradent les procédures d'arbitrage en une fragile instance préliminaire qui accroît encore la durée des procès devant les tribunaux ordinaires.